

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit dem tagl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für die Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Briefkasten monatlich 20 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Ostereich-Ungarn 3.00 — Fremde mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Redaktion: Gr. Brunnengasse 14, I. Tel. 3463.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Brunnengasse 14, I. Tel. 1789
Verlagszeitung von 4 Uhr morgens bis 7 Uhr abends
Inserate werden der gewöhnlichen Zeitschrift mit 25 Pf. berechnet, bei dreimonatlicher
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 20 Pf. Insetrate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 271. Dresden, Donnerstag den 23. November 1911. 22. Jahrg.

Riderlens Rechtfertigungsversuch.

Nunmehr liegt der offizielle Bericht über die Sitzung der Subkommission vom 17. November vor, in dem Herr v. Riderlen vertrauliche Aufklärungen über die deutsche Marokkopolitik gab. Was die Öffentlichkeit jetzt erfährt, genügt noch immer nicht, um sich ein vollkommen klares Urteil über die Ereignisse zu bilden. Namentlich erscheint auch jetzt die Entsendung des Panther nach Agadir, die erst die Kriegsgefahr heraufbeschwor, durchaus ungerichtet. Die Entsendung seit Entsendung des Panther schildert Herr v. Riderlen folgendermaßen:

Deutschland habe mit der Entsendung des Kriegsschiffes in erster Linie zum Schutze seiner Staatsangehörigen gehandelt, darüber allerdings auch durch die Entsendung in einer gewissenmaßen provisorischen Handlung dem Vorgehen Frankreichs gegenüber das eigene gute Recht wahren wollen. Wie aber habe die Absicht bestanden, ein Schiff von Marokko zu nehmen. Dies habe er, der Staatssekretär, dem auch einem bekannten Weltbeweis gegenüber ganz deutlich ausgesprochen. Leider habe der betreffende Herr es ihm nicht geglaubt. Aber auch den Mächten seien die deutschen Absichten von vornherein klargelegt worden. Insbesondere sei der deutsche Vorgesandte in London beauftragt worden, der englischen Regierung besonders eingehend die deutschen Absichten zu begründen.

Im dem Kaiserlichen Vorgesandten in London sei gleichzeitig nach einer Instruktion abgegangen, wonach er hervorheben sollte: Obwohl unsere Nachrichten über die Lage der Europäer in Bezug auf die französischen Absichten unklar sind, sei von uns gegen den Wunsch der Franzosen nach dem Einmarsch in Marokko keine Entscheidung getroffen worden. Dies habe ich insofern als ein Signal angesehen, die die Bestimmungen der Algecirasakte illusorisch zu machen. Bei der durch die Macht der Tatsachen geschaffenen Lage seien wir uns gewiss, der Bitte einer Reihe von Marokkaner Kaufleuten nachzukommen und die Sicherung von Leben und Eigentum deutscher Reichsangehöriger und Schutzgenossen im Elden Marokkos solange selbst in die Hand zu nehmen, bis geordnetes Justizrecht im Lande wiederhergestellt, hätten oder wenigstens die Absicht, Frankreich gegen seines Vorgehens gegenwärtige Verhältnisse zu machen. Nach dem die Dinge keine so frohlich ausschauen, ob es Frankreich möglich sei, zu dem Status quo von 1906 zurückzuführen. Wir seien daher dementsprechend bereit, mit Frankreich gemeinsamer einen Weg, der auch den Interessen der übrigen Staatsmächte entspreche, zu einer endgültigen Verständigung über die Marokkofrage zu suchen. Dem Zweck dieser Verhandlungen dürften sich kaum unüberwindliche Hindernisse in den Weg stellen, die den zwischen uns und Frankreich bestehenden guten Beziehungen.

Der Vorgesandte antwortete unter dem 1. Juli, daß er mittags den Kaiser ausgereicht habe. Die erwähnte Mitteilung sei also am 1. Juli der englischen Regierung überreicht worden. Die englische Regierung sei danach noch vor dem Eintreffen des Schiffes über die deutschen Absichten genau informiert worden.

deutsch-französischen Verhandlungen

angeführt. Gleichzeitig aber hätten die Franzosen über die deutschen Absichten die wildesten Nachrichten in die Presse lanciert, um gegen Deutschland Stimmung zu machen. Dies habe keinen Eindruck nicht verursacht, und insbesondere in London die Ängstlichen gegen Deutschland hervorgerufen. In diesen ersten Stadium, also unmittelbar nach Beginn der Verhandlung des deutschen Kriegsschiffes folgenden deutsch-französischen Verhandlungen hatten nach den Nachrichten in Paris und London gewisse Stimmungen für die Entsendung von Kriegsschiffen nach Agadir entstanden. Das würde natürlich eine sehr gefährliche Situation hervorgerufen haben, bei der aber Deutschland, das nur von seinem guten Rechte Gebrauch gemacht habe, eigentlich der ausgeglichene Teil gewesen wäre. Doch sei ein solcher Schritt unzulässig, und die deutsch-französischen Verhandlungen in Gang gekommen.

Während der auf die Entsendung des deutschen Kriegsschiffes folgenden deutsch-französischen Verhandlungen sei es nun auch zu Auseinandersetzungen mit der englischen Regierung gekommen.

Auf die Mitteilungen, die der Vorgesandte in London bei Entsendung des Schiffes nach Agadir gemacht hätte, sei eine Anfrage von englischer Seite wieder dem unserm Vorgesandten in London, nach in Berlin erfolgt, erst am 21. Juli habe Sir E. Grey eine Unterredung mit unserem Vorgesandten herbeigeführt. Der Minister habe den Wunsch ausgedrückt, die Marokkofrage in nichtamtlicher Form mit ihm zu besprechen, da er seit dem ersten Schritte des Vorgesandten nichts mehr von ihm gehört habe. Es dränge den Minister, die Marokkofrage jetzt wieder zu berühren, da er fürchte, es könne ein Zustand entstehen, wo eine Stellungnahme seinerseits in der Marokkofrage von erheblicher Bedeutung sein werde, als die vorliegende Aussprache im jetzigen Stadium. Er habe den Vorgesandten seinen Zweifel darüber gelassen, daß bei einer Regelung der Marokkofrage auch England in Widerspruch der großen internationalen Interessen, die es dort vertrete, mit beteiligt sein müsse. Er habe geäußert in der Hoffnung auf eine Verständigung zwischen uns und Frankreich. Nachdem aber, wie er jetzt höre, unsere Forderungen derart weitgehend seien, daß es offensichtlich sei, daß die französische Regierung sie nicht annehmen könne, so liege die Gefahr nahe, daß die Verhandlungen ohne Ergebnis enden würden, und damit trete dann wieder die Frage in den Vordergrund: Was tut dann Deutschland in dem geschehenen haben von Agadir und in seinem Hinterland? Er habe keine Zeit, die Frage, ob die deutsche Truppe dort ausgeführt werden, oder ob Verträge dort abgeschlossen werden, die die Monarchie betreffen, an anderer Stelle zu erörtern. Agadir sei nicht nur ein Kriegsschauplatz, sondern ein Ort, wo Deutschland dort verbleibe. Er müsse Anfragen dieser Art im Parlamenten gerätigen und sei nicht in der Lage, eine ausführliche Antwort zu geben. Wenn die deutsch-französischen Verhandlungen zusammenbrechen, was in Betracht unserer Forderungen sich leicht ereignen könne, so trete damit sofort die Agadirfrage, bei der auch englische Interessen beteiligt seien, in den Vordergrund. Daher

glaube er, daß der Zeitpunkt gekommen sei, wo auch England in die deutsch-französischen Verhandlungen mit hineingezogen werden sollte.

Der Vorgesandte habe erwidert, über den Gang unserer Verhandlungen mit Frankreich sei er im einzelnen nicht unterrichtet. Er könne aber trotzdem nicht zugeben, daß unsere Forderungen selbstverständlich wie der Minister sage, nicht annehmbar seien, da wir sie sonst nicht gestellt haben würden. Dies vorausgeschickt könne der Vorgesandte ihm selbstverständlich nur seine persönliche Ansicht mitteilen. Sir E. Grey stelle den, wenn auch nicht offiziellen, Satz auf, daß nun der Zeitpunkt gekommen sei, wo wir zu verhandeln, da englische Interessen in Betracht kommen, und er begründe dieses mit dem Hinweis, daß wir eventuell einen Kriegsschiffen in Agadir bauen und das Hinterland abschließen könnten. Dies seien Vermutungen, von denen dem Vorgesandten nichts bekannt sei. Auf seine Vermutungen hin begründe sich kein Anspruch, falls englische Interessen durch unser Vorgehen verletzt worden seien, möge der Minister sie nennen. Da er hierzu nicht in der Lage sei, so wäre es wohl richtiger, abzuwarten, bis er nachweisen könne, daß ein englisches Interesse oder Recht in Mitleidenhaft gezogen sei.

Der Vorgesandte wiederholte, es bestehe bei uns nicht die geringste Absicht, englische Rechte oder Interessen zu verletzen. Er könne nicht zugeben, daß dies durch Entsendung eines deutschen Kriegsschiffes nach Agadir geschehen sei. In dem Absicht hätte er dem Minister gleich bei seiner ersten Erklärung mitgeteilt: Schutz der Interessen deutscher Reichsangehöriger durch ein Kriegsschiff bis zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung. Es sei daher allgemein anerkannter Grundsatz, daß eine europäische Nation den Schutz ihrer Interessen in einem halb barbarischen Lande, das keinem Dritten gehöre, selbst ausüben berechtigt sei. Ein Blick auf die Karte zeige, daß ein nordafrikanisches Kolonialreich von der tripolitanischen Grenze bis Senegambien mit Vormachtstellung in Marokko keine geringe Größe sei. England sei von Frankreich in Argentinien abgedrängt worden, was auch seine geringe Größe sei, wie aber mit nichts. Wünsche Frankreich, daß dort, gleich England, aber immer unter Wahrung der Handelsinteressen in Marokko, in den Vordergrund treten, so müsse es hierfür ein Äquivalent bieten, welches dem großen Ziele, daß er erstrebe, am ehesten gleichwertig sei. Wenn nicht, würden wir unsere unabhängige Stellung in Marokko zu wahren wissen. Er könne dem Minister nicht vorstellen, daß er mit zwei Mägen zu messen scheine. Ein Maß für Frankreich, ein anderes für Deutschland.

Der Minister erwiderte, er würde keineswegs einer Vergrößerung deutschen Kolonialbesitzes im Herzen Afrikas im Wege stehen, nur könne er sich nicht vorstellen, daß durch die eigentliche Marokkofrage die englischen Interessen auf das ernsteste in Mitleidenhaft gezogen werden könnten. Er habe daher aufschicht eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland erreicht. Nur für den unerwünschten Fall, daß diese selbständige, habe er schon jetzt klar ansprechen müssen, daß die Schritte in Agadir zu einer Aussprache zwischen uns und England führen würden. Er glaube, daß die Situation an sich vertiere, wenn eine Aussprache zwischen uns stattfinden, ehe vor Agadir neue Tatsachen eintreten, die eine Stellungnahme Englands zu denselben erforderlich machten.

Die Depesche über diese Unterredung sei am 22. Juli in Berlin eingetroffen, und die Antwort darauf von hier sofort abgegangen. Der Vorgesandte habe dann den Auftrag erhalten, dem Minister zu sagen, wir hätten von Anfang an, daß unser Schiff in Agadir lediglich vorübergehende deutsche Interessen schützen solle. Auch hätten wir keine Absicht auf marokkanisches Gebiet, aber wohl müßten wir verlangen, daß Frankreich entweder die Agadir-Abteilung ihrer Truppen abziehe, oder aber sich mit uns auseinandersetze, wenn es jenes nicht zu tun können glaube. Wir hätten geglaubt, letzteres würde den französischen Interessen mehr entsprechen, und hätten den Franzosen — bis jetzt nur ganz allgemein — den Vorschlag gemacht, uns für unser Aufgeben unseres Einspruchsrechts gegen das Vorgehen Frankreichs auf koloniale Gebiete abzugeben. Die Verhandlungen hätten begonnen; beide Teile hätten sich freieste Verhandlung des Geheimnisses gegenseitig zugesichert. Diese Verpflichtung hätten wir erst genommen und nicht einmal unsere Bundesgenossen informiert. Frankreich habe ein anderes Verfahren eingeschlagen, und behauptet, es sei nicht nur die Rechte, sondern, wie es scheint, auch seine Freunde teilweise mit Nachrichten versehen, die, ungenau und unvollständig, unsere Absichten zu verzerren geeignet wären. Deshalb hätten wir

eine Zeitung nicht weiter verhandelt

solange uns nicht das Geheimnis der Verhandlungen garantiert worden sei. Durch den chauvinistischen Ton der französischen Presse, den sich auch einige englische Blätter neuerdings angeeignet zu haben schienen, und der namentlich darauf ausgehe, uns mit dem Eingreifen von Frankreichs Verbündeten und Freunden zu drohen, könnten die Verhandlungen nicht gefördert werden. Sollten diese scheitern, so hätten wir doch auf marokkanisches Gebiet keine Absicht. Wir müßten aber dann mit allem Nachdruck und Entschiedenheit von Frankreich die volle Ausführung der Algecirasakte nach Wortlaut und Geist verlangen.

Unsere Antwort sei bereits am 23. Juli in London gewesen. Es sei also die in einem Teile der deutschen Presse aufgeführte Behauptung hinsichtlich der deutschen Regierung habe der englischen auf eine Anfrage 14 Tage keine Antwort gegeben.

Als die Antwort an den deutschen Vorgesandten auf die an Sir Edward Grey angelegten Fragen abgegangen gewesen, sei in Berlin der Wortlaut der Rede bekannt geworden, die

der Minister Lord George

im Mansion House am Abend des 21. Juli, also gerade am Tage der Unterredung zwischen dem Vorgesandten und dem englischen auswärtigen Minister gehalten hatte.

Es sei nicht möglich gewesen, einer inquisitorischen eingegangenen Anfrage des englischen Ministers katzbühnen, ihn zur Verweigerung unserer Mitteilung, daß wir keine Absichten auf marokkanisches Territorium hätten, im Parlament zu ermächtigen. Dies hätte den Schicksal hervorgerufen, als sei diese Erklärung infolge der Lloyd George'schen Rede abgegeben worden.

Unter dem 24. Juli sei der Vorgesandte in London beauftragt worden, darauf hinzuweisen, daß einem großen Teile der englischen Presse und der gesamten französischen Presse die soeben im Wort-

laut bekannte Rede des englischen Schatzkanzlers Anlaß zu heftigen Angriffen auf Deutschland gegeben habe. Es könne dahingestellt bleiben, wie weit diese Wirkung von dem englischen Minister beabsichtigt gewesen sei. Die englische Regierung werde sich dem Eindruck aber nicht verschließen können, daß diese Wirkung der Rede eines ihrer Mitglieder hier in Höhe in Orade habe verstimmen müssen. Wenn England Wünsche habe, so könnte es diese ja auf dem üblichen diplomatischen Wege übermitteln. Wenn statt dessen die englische Regierung durch eines ihrer Mitglieder öffentliche Erklärungen abgegeben lasse, die zum mindesten als eine Warnung an unsere Adresse gedeutet werden könnten, und die von englischen wie französischen Blättern fast ausschließlich als eine an Drohung grenzende Warnung gedeutet worden seien, so falle es schwer, hierfür die Gründe zu erkennen. Sollte die englische Regierung die Absicht haben, die politische Lage zu verwickeln und zu verwirren und einer gewissen Unklarheit entgegenzuführen, so hätte sie allerdings kein besseres Mittel wählen können, als die Rede des Schatzkanzlers.

Daraufhin habe der Vorgesandte geantwortet, Sir E. Grey habe zwar zugegeben, die Mitteilungen über die Absichten Deutschlands, kein Gebiet in Marokko zu erwerben, parlamentarisch nicht zu verurteilen, aber bemerkt, er habe dann auch kein Mittel, hinsichtlich unserer angeblichen Absichten auf Agadir, die öffentliche Meinung zu beruhigen. Die Rede des Schatzkanzlers habe der Minister als maßvoll verstanden und behauptet, es sei durchaus richtig gewesen, daß sie gehalten wurde, sie enthalte keine Drohung gegen Deutschland. Der Minister habe ferner erklärt, daß Deutschlands eventuelle Absicht, die Wiederherstellung des Status quo ante allein vorzunehmen, also auch ohne die übrigen Vertragsmächte selbstständig vorzugehen, geeignet sei, der Marokkofrage

eine noch ernstere Bedeutung

zu geben. Gegen die Auffassung, daß die englische Regierung eine deutsch-französische Vereinbarung nicht wünsche, habe sich der Minister verwahrt.

Am 27. Juli sei dann eine offenbar inspierte Mitteilung durch Reuters Telegraphenbureau veröffentlicht worden. Es sei, so hieß es darin, kein neuer Faktor aufgetaucht, der die deutsch-französischen Verhandlungen stören könne. Der Verlauf der Verhandlungen sei unverändert, und es wäre verfehlt, auf den Beratungen englischer Minister den Schluss zu ziehen, daß die englische Regierung beabsichtige, sich an den gegenwärtigen Verhandlungen mit Deutschland unmittelbar oder mittelbar zu beteiligen. Die öffentlichen Verhandlungen englischer Staatsmänner ließen keinen Zweifel darüber, daß die Frage von der Regierung mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werde.

Von diesem Zeitpunkt an seien unsere Verhandlungen mit Frankreich besser vorwärts gekommen. Es liege noch zu erklären die Frage, aus welchen Gründen wir es einer Obeliskverweigerung in Marokko nicht willen wollen: Zunächst müsse man bedenken, daß wir uns eine große Last aufzulegen hätten. Der französische Einfluß in Marokko sei ein sehr starker. Zum mindesten hätte Frankreich von dem benachbarten Algerien aus seinen Einfluß fast in einem Deutschland ungenügenden Sinne geltend machen können. Dann aber hätten sich einer Weisung auch in Marokko selbst, ganz abgesehen von französischem Einfluß, ebenfalls sehr erhebliche Schwierigkeiten entgegen gestellt. Gerade in Südmarokko, das für uns doch nur in Frage gekommen wäre, hätten wir keine kolonialen Interessen, die uns erheblichen Widerstand hätten bereiten können. Und wenn immer gesagt würde, die Marokkaner würden uns mit offenen Armen aufnehmen, so würde dies nur so lange der Fall gewesen sein, als wir

als Boykott gegen Frankreich

geboten hätten. Die Situation würde sich aber in demselben Augenblick erheblich verändert haben, in dem wir mit eigenen Erwerbungsabsichten auf dem Plane erschienen wären. Man brauche in dieser Beziehung ja nur an die gegenwärtigen Vorgänge in Tripolis zu erinnern.

Weiter frage es sich auch, was wir mit Marokko hätten anfangen sollen, Marokko werde immer

als Siedlungsland

hingestellt. Ja, wenn hätten wir ansetzen sollen? Deutsche Bauern? In denen wir selber keinen Ueberfluß haben? Und man bedenke, mit welchen Schwierigkeiten der deutsche Bauer in Südmarokko zu kämpfen haben würde. Zunächst mit Kinetischen. Denn das Klima solle für Europäer nur so lange erträglich sein, als sie nicht sehr harte Arbeit einsehen müßten. Außerdem aber würden sich Schwierigkeiten aus den Verhältnisse an Grund und Boden ergeben, die äußerst kompliziert seien.

Weiter werde hervorgehoben, daß Frankreich Marokko

als Rekrutierungsquelle

benutzen könne; es habe von der „schwarzen Gefahr“ gesprochen. Zunächst müsse Frankreich, selbst wenn sich der Gedanke der Schaffung einer afrikanischen Armee würde verwirklichen lassen, im Falle eines Krieges aller Wahrscheinlichkeit nach immer noch mehr europäische Truppen in Marokko sehen lassen, als es aus der Kolonialarmee nach einem europäischen Kampfsplatz hinüberbringen könnte. Sodann sei es zum mindesten sehr fraglich, ob die Franzosen in absehbarer Zeit in Marokko die allgemeine Wehrpflicht würden zur Durchführung bringen können. Höchstwahrscheinlich würde ebenso wie bisher in Algerien das Bedenken bleiben, daß man eine Armee gegen sich selbst schaffe.

Endlich werde immer gesagt, die deutsche Montanindustrie würde in 20 bis 30 Jahren nicht mehr genügend Rohmaterial zur Verfügung haben, und in Marokko, namentlich im Südsüdwest, gebe es reiche Erzkügel. Für diesen Fall habe man sich entsprechend gefastet. Die deutsche Politik hat in jeder Beziehung ihr Ziel erreicht. Man möge dabei auch bedenken, daß die Franzosen uns marokkanisches Gebiet abgetreten hätten, während wir nur Rechte ausgegeben, die wir mit anderen Mächten teilten.

Diese ausführliche Darstellung der Marokko-Verhandlungen, die Herr v. Riderlen-Wächter in der Subkommission gegeben hat, enthält wenig Neues und gar nichts Ueberraschendes, sie ist nicht in allen Punkten zweifellos und wird viel-